

# Indiana Tribune.

— Grisein —  
Täglich, Wöchentlich u. Sonntags.  
Office: 120 S. Wackerlandstr.

Die lokale Tribune wird durch den Drucker 12 Cent pro Woche, die Sonntags-Tribune 5 Cent pro Woche. Weitere Informationen siehe Seite 12.

Das Jahr 1885.

Alte Junggesellen.

In fast allen Staaten der Union, in denen es lokale Scheidungsgesetze gibt, und namentlich in Connecticut, ist jetzt eine lebhafte Bewegung zur Abstellung dieses Nebelstandes im Gange. Die augenblicklich in Sichtung befindliche Legislatur des genannten Staates hätte daher ein dem New York nachgebildetes Scheidungsgesetz angenommen, welches leichter befannlich nur den Gebrauch für einen Grund zur absoluten Scheidung erklärt. Um die Bedeutung dieser Thatfrage zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das jüngste Connecticut Gesetz die Scheidung schon bei allen Unvereinbarkeiten zuläßt, während den Zweck der Vereinbarungen können. Die öffentliche Meinung ist also wirklich von einem Extrem in's andere verfallen.

Noch auffallender ist indessen der Umstand, daß gerade die alten Junggesellen in der Legislatur von Connecticut sich für die Erweiterung der Scheidungsgesetze in's Gefüge wenden. Diese Herren hatten die unschöne Realität, ihren Antrag mit dem Hinweise darauf zu vertheidigen, daß unter dem jetzigen Gesetze zu viele unvorsichtige und leichtsinnige Menschen geschieden werden. Sie schienen gar nicht zu fühlen, daß sie selbst ein ebenso großes gesellschaftliches Problem darstellen, wie die Scheidungsfürsichtigen Frauen; daß sie in demselben und wahrscheinlich noch höherem Grade, als die Letzteren, die wichtigste Gesellschaftseinrichtung, die Familie, untergraben helfen. Das Vorhandensein so vieler alter Junggesellen, in einer geschabenden Karriere widerlegt eigentlich schon an sich das Argument von der Leichtfertigkeit der Scheidung, es treten aber bei näherer Unterprüfung des Gegenstandes noch ganz andere Thatfachen zu Tage.

Vor dem Kriege galt in ganz Neu-England und überhaupt in allen nicht an Frauennangel leidenden Staaten jeder vollaufende und jurendungsfähige Mann für verhältnißmäßig, der im Alter von 25 bis spätestens 30 Jahren noch nicht verheiratet war. In kleinen Städten besondes wurde ein alter Junggeselle gesellschaftlich so zurückgegriffen und vermaßigt, daß er sich unbehaglich fühlte musste. Die öffentliche Meinung lag ihm für einen Menschen an, der zu sehr verheiratet oder zu schwach sei, um seine Pflicht zu erfüllen. 90 Prozent der jungen Männer waren verheiratet, ehe sie das 25ste Lebensjahr erreicht hatten.

Jetzt ist das alles anders geworden. Jemand hat sich die Wahrheit gegeben, die Geburts-, Heiraths- und Sterblichkeiten in einigen Landstädten nachzuholen, in denen wenige Ausländer und meist Abkömmlinge der ältesten Familien Connecticut's wohnen. Trotzdem in diesen Ortschaften die Bevölkerung nicht ab, sondern im Gegentheile nicht unwe sentlich angewachsen, ist die Zahl der Bereitstellungen seit mindestens einem Jahrzehnt von Jahr zu Jahr gefallen. Die Amtscheiter der Towns bestätigen, daß momentan die Hälfte der jungen Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren nicht verheiratet und auch durchaus nicht bekommen sind, eine Frau zu nehmen. Jeder von ihnen will möglichst viel Geld machen" und erwidert auf die Frage, ob er nicht eine Familie gründen wolle: "D. so mit der Zeit, wenn ich Frau und Kinder zu erhalten kann, wie sie erwarten." Die Erwerbsucht scheint den heutigen Hang zur Gründung eines eigenen Heims und den Gattungstrieb vollständig verdrängt zu haben.

In einer Stadt von 2000 Einwohnern giebt es an der Geschäftstraße 35 Kaufleute, von denen nicht weniger als 25 zur Klopf der unverheirateten Junggesellen gehören. Achtlich ist es überall.

Es laufen sich taufen Grund für die bedenkliche Erscheinung anführen, von denen der "hohen Anprüche" des weiblichen Geschlechts und die Bequemlichkeitssucht des männlichen obenan stehen mögen. Mit Erklärungen aber hebt man das Unheil nicht. Es ist vorhanden, und es ist in seinen Wirkungen viel schlimmer, als selbst die Scheidungswirth.

## Militärisches aus China.

Die schützenden Himmelschäfte zeichnen sich nicht bis durch unerhörte Laster und Krankheiten, sondern vor allen anderen Dingen durch eine an's Unglaubliche grenzende Kühnheit aus. Dies tritt besonders in den Bestimmungen und Gewohnheiten des chinesischen Militärs hervor. Der chinesische Infanterist wird einmal monatlich bezahlt. Sein Monatslohn beträgt 3½ Silbertaelen, was nach amerikanischem Gelde 31.75 macht.

Diesen Betrag erhält er in Röhrladen. Jeden Abend vor dem Zabtag sind die Zahlmeister eifrig damit beschäftigt, für jeden Mann seinen Lohn abzuhängen und zierlich zu verpacken. Soviel der Soldat sein Geld hat, geht er zum nächsten Ladenbesitzer oder Geldwechsler und löst sich Kupfermünze dafür geben. Er erhält 3500 Kupferstücke—gerade so viel, als er noch bequem tragen kann. Von diesem Gelde muss er seine ganze Kost bestreiten und seine Kleider angeschaffen. Die "Kost" besteht allerdings fast aus schlichtlich aus Reis, der heidenhaft günstig ist. Überdies ist der Chinese ein sehr schwacher Eßer, was man auch hier zu Lande an den "spätigen" Portionen im chinesischen Restauranten gewohnt. Mit ihrem Lohn haben viele gemeldete Soldaten in China nicht nur sich selbst, sondern eine Familie zu unterhalten.

Vielen gelingt dies nicht nur mit Leichtigkeit, sondern sie legen auch noch jeden Monat einige hundert Kupferstücke wieder zurück.

## Ministerium No. 19.

Das neueste französische Cabinet wird von der deutschen Presse allgemein sehr günstig beurtheilt. Namentlich wird ihm die Eigenschaft der Dauerhaftigkeit zugeschrieben. Einem Artikel des "Frankfurter Journal" über dieses Ministerium entnehmen wir folgendes:

"An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Das Erste, was bei dem neuen Cabinet auffällt, ist der Umstand, daß es kein bloßes Geschäftsinisterium ist, sondern, sofern das Haupt desselben und der Minister des Außen in Betracht kommen, eine Ausübung, die dauerhaftes Cabinet zu werden. In der That ist die Combination Brüder-Freynein die beste, die nach jeder Richtung vortheilhafteste, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich war. Ein Cabinet Brüder-Freynein wäre ohne Zweifel sehr gut aufgenommen worden, ein Cabinet Brüder-Freynein ohne Zweifel hätte ohne die Teilbereiche der Doppelmonarchie ebenfalls Ausübung auf Stabilität geboten, ein Cabinet Brüder-Freynein vereinigte die Vorzüge beider in sich. Der größte Vorteil der That ist die bestreitbare Meinung zu seinem Amt herbeigeführt wurde und daß er ein noch in keiner Weise verbrauchter, abgenutzter Staatsmann ist. Er hat noch das volle, ungehemmte Vertrauen des Landes zur Seite, und man, weiß nicht ungefähr, wie viel von ihm zu erwarten hat, wie von Herz oder Freiheit, sondern ist begierig, ihn als ausabend Staatsmann kennen zu lernen. Die Spannung, mit welcher wohlaufende Patrioten seiner neuen Thätigkeit entgegenstehen, mag indessen von eitiger Bejüngung nicht frei sein, welche der Ernährung nach zu Hilfe zu kommen; man sieht sich aber bei näherer Überlegung überzeugt, daß dadurch das ungewöhnliche Vorzeichen des Münchener Unternehmungsrates erst recht legalisiert erscheinen könnte und verzichtete daher auf die Einbringung des Antrags. Auf der Abgeordneten Biered im Recht ist, liegt auf der Hand, wenn Artikel 51 der Reichsverfassung lautet:

"Die Abgeordneten und Richter. Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der Ladung ohne Angabe eines "Vorfalls" zum 4. April dieses Jahres, welche ich in meinen Eigenschaft als Mitglied des Deutschen Reichstages Protest gegen die verfassungswidrige Ausumhüllung, mich auf ein Strafverfahren einzuladen, auf dessen Einleitung ich mich aufgenommen werden, einem Gesetze vorgeordnete Ernährung nicht nadurchgängig, sozusagen, den erhalten haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Verfolgung zu wünschen, daß die Geistes- und Gewerbeverlegerungen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich war. Ein Cabinet Brüder-Freynein wäre ohne Zweifel sehr gut aufgenommen worden, ein Cabinet Brüder-Freynein ohne Zweifel hätte ohne die Teilbereiche der Doppelmonarchie ebenfalls Ausübung auf Stabilität geboten, ein Cabinet Brüder-Freynein vereinigte die Vorzüge beider in sich. Der größte Vorteil der That ist die bestreitbare Meinung zu seinem Amt herbeigeführt wurde und daß er ein noch in keiner Weise verbrauchter, abgenutzter Staatsmann ist. Er hat noch das volle, ungehemmte Vertrauen des Landes zur Seite, und man, weiß nicht ungefähr, wie viel von ihm zu erwarten hat, wie von Herz oder Freiheit, sondern ist begierig, ihn als ausabend Staatsmann kennen zu lernen. Die Spannung, mit welcher wohlaufende Patrioten seiner neuen Thätigkeit entgegenstehen, mag indessen von eitiger Bejüngung nicht frei sein, welche der Ernährung nach zu Hilfe zu kommen; man sieht sich aber bei näherer Überlegung überzeugt, daß dadurch das ungewöhnliche Vorzeichen des Münchener Unternehmungsrates erst recht legalisiert erscheinen könnte und verzichtete daher auf die Einbringung des Antrags. Auf der Abgeordneten Biered im Recht ist, liegt auf der Hand, wenn Artikel 51 der Reichsverfassung lautet:

"Die Abgeordneten und Richter. Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München 1 dakte.

Der socialdemokratische Abgeordnete Biered erhielt am 22. März eine Ladung vor den Untersuchungsrichter, um sich wegen eines angeblichen Vergebens gegen das Socialistengesetz zu verantworten. Er hat aber, wie das "Deutsche Wochensblatt" berichtet, die Vorladung mit folgenden Protest entgegengewiesen: "An den 1. Untersuchungsrichter vom Königlichen Landgericht München